

Taiwan

*(49)

"Geldüberschwemmung" bei den Banken

Laut Angaben des Statistischen Amtes unter dem Exekutiv Yuan (Kabinett) haben die Volksparsparnisse im vergangenen Jahr die Grenze von 1.000 Mrd. NT\$ (z.Z. 34,24 NT\$=1 US\$) überschritten, mit 37,44% lag die Sparquote auf einer Rekordhöhe. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß das Bruttosozialprodukt um 14,35% zunahm und andererseits der Verbrauch infolge der stabilen Preise und der sparsamen Mentalität der Bürger nur langsam auf 6,94% stieg. Da die Investitionsrate mit 16,31% ebenfalls weit unter der Sparquote lag, ergab sich ein Sparüberschuß in Höhe von 579,5 Mrd. NT\$, was 21,13% des Bruttosozialprodukts entspricht und eine drastische Expansion der Devisenreserven und des Geldangebots verursachte (ZYRB und LHB, 26.3.87).

Den Statistiken der Zentralbank in Taipei zufolge hatten Ende Februar d.J. alle Geldinstitute insgesamt ein Sparvolumen in Höhe von 3.300 Mrd. NT\$ zu verzeichnen, 25% höher als vor einem Jahr. Die Gesamtsumme der Kreditvergaben und Investitionen betrug mit einer Jahreszuwachsrate von 5% hingegen nur 2.100 Mrd. NT\$, über 1.200 Mrd. NT\$ lagen also ungenutzt da. Weil für die brachliegenden Gelder auf allen Sparkonten Zinsen gezahlt werden müssen, lehnen es viele Banken ab, größere Einlagen anzunehmen (LHB, 31.3.87). Die Postsparkasse, in der traditionell Kleinverdiener ihre Sparsparfennige gern anlegen, hat innerhalb von zwanzig Tagen zwischen Januar und Februar d.J. neue Spareinlagen in Höhe von 24,4 Mrd. NT\$ aufnehmen müssen, damit erreichte die allein von diesem Institut verwaltete Sparsumme Mitte Februar schon eine Höhe von 705,2 Mrd. NT\$. Zwar kann die Postsparkasse die von ihr aufgenommenen Spargelder dank den Regierungsbestimmungen bei der Zentralbank sowie den anderen vier staatlichen Geldinstituten weiter anlegen, aber sie machte sich große Sorgen um die eingenommenen Prämien aus der Lebensversi-

cherungstätigkeit. Weil die Zentralbank seit einem Jahr diese Depositionen nicht mehr einnimmt, wurden die unbeweglichen Gelder bei der Kasse im Februar d.J. bis über 10 Mrd. NT\$ aufgestockt (LHB, 3.3.87).

Ein anderer Faktor der "Geldüberschwemmung" bei den Banken Taiwans war der Zufluß von Devisen aus dem Ausland. Seit zwei Jahren expandieren die Exporte Taiwans ständig. Darüber hinaus fließen infolge der Unterbewertung der einheimischen Währung NT\$ gegenüber dem US\$ auch viele Spekulationsdevisen aus dem Ausland ein, die sich bis Ende 1986 nach den offiziellen Statistiken der Zentralbank auf rd. 7 Mrd. US\$ angehäuften haben sollen. Die Zentralbank ist aufgrund von Devisenkontrollen verpflichtet, Devisen zu kaufen. So wächst der Devisenreservenberg von Monat zu Monat, am 23. März d.J. wurde der Bestand vom Generaldirektor der Zentralbank, Zhang Jizheng, mit rd. 53 Mrd. US\$ angegeben, Ende 1986 lag er noch bei 46 Mrd. US\$ (LHB, 23.-24.4.87).

Im letzten Jahr wies die internationale Leistungsbilanz Taiwans nach den jüngsten Statistiken der Zentralbank einen Aktivsaldo von über 16,62 Mrd. US\$ auf, d.h. eine Steigerung von 77,7% oder über 7,26 Mrd. US\$ gegenüber 1985 (LHB, 17.3.87).

Im Hinblick auf die ständige Aufwertung des NT\$ ist aber die ununterbrochene Zunahme der Devisenreserven Taiwans eher zu einer Belastung geworden. Bislang haben die Banken in der Provinz dadurch insgesamt Verluste in Höhe von über 12 Mrd. NT\$ hinnehmen müssen (LHB, 31.3.87). Einer Prognose des Abgeordneten des Gesetzgebungs Yuan, Lin Yongrui, zufolge wird die Zentralbank im Zeitraum vom September 1986 bis September d.J. wegen weiterer Aufwertung des NT\$ gegenüber dem US\$ einen Verlust von über 100 Mrd. NT\$ zu erwarten haben (LHB, 11.3.87).

Um den Devisenstrom und damit auch die "Geldüberschwemmung" einzudämmen, vollzog die Regierung bei der Devisenkontrolle eine Kehrtwendung. Nachdem die Zentralbank den Verkauf von Devisen schon mehrmals gelockert hatte, wurde nun der Einkauf ab 12. März eingeschränkt. Bei Devisenüberwei-

sungen über 1 Mio. US\$ aus den Einnahmen von Ausfuhr, Transport, Versicherung oder Investitionen im Ausland sowie sonstige über 10.000 US\$ im Inland ist eine vorherige Genehmigung der Zentralbank erforderlich (LHB, 31.3.87). Am 16. März hat Ministerpräsident Yu Guohua (Yu Kuo-hwa) das Finanzministerium angewiesen, über eine Suspendierung der Devisenkontrolle während der Zeit einer Devisenexpansion nachzudenken (ZYRB, 28.3.87).

-ni-

*(50)

Offene Diskussion über die blutigen Unruhen vom 28. Februar vor 40 Jahren

Das politische Tauwetter in Taiwan, gekennzeichnet durch die angekündigte Aufhebung des Ausnahmezustandes und die Duldung der neuen Oppositionspartei Minjindang (MJD), wurde dadurch weiter verstärkt, daß im Februar und März auch das brisante Thema über die blutigen Unruhen vom 28. Februar 1947 auf der Insel offen diskutiert wurde.

Die Affäre vor 40 Jahren begann zuerst mit einer Bagatelle. Am 27. Februar 1947 geriet ein Fahndungsbeamter des Monopolamts für Tabak- und Alkoholwaren bei der Beschlagnahme von geschmuggelten Zigaretten in Taipei mit einer Straßenhändlerin in einen handgreiflichen Konflikt. Dann, als die Schaulustigen für die Frau eintraten, wurde einer von den Beamten erschossen. Am folgenden Tag, den 28. Februar, verschlechterte sich die Lage als die Wache vor dem Amtsgebäude des Provinzgouverneurs auf die vor dem Haus versammelten Protestierenden mit Maschinengewehren schoß und dabei mehrere Leute tötete. Ein Rundfunksender im Zentrum der Stadt wurde danach von empörten Demonstranten besetzt, und bald darauf dehnten sich die Unruhen auch auf andere Städte aus. Schließlich kam es zu einem bewaffneten Aufstand, in mehreren Orten wurden Arsenalen ausgeraubt und Behörden besetzt. Am 2. März gründeten die Anführer eine "Kommission zur Lösung der Affäre vom 28. Februar" als führende Organisation. Am 9. März kamen Regierungstruppen vom chinesischen Festland zur Verstärkung. Erst Ende März konnte die Erhebung niedergeschlagen werden.

Der Vorfall wurde zwar, wie gesagt, von einem relativ unbedeutenden Ereignis ausgelöst, spiegelte aber die Kluft zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Einwanderern vom chinesischen Festland sowie der hauptsächlich von diesen gebildeten Regierung wider. Taiwan war 50 Jahre lang von China an Japan abgetreten worden. Nach der Niederlage Japans im 2. Weltkrieg kehrte die Insel 1945 wieder an China zurück. Dies nahmen die Insulaner zunächst mit großer Freude auf, die aber infolge der disziplinlosen Truppen und korrupten Beamten der nationalchinesischen Regierung während der Periode der Regierungsübernahme großer Enttäuschung wich. So griffen die Einheimischen bei dem Aufstand vom 28. Februar 1947 nicht nur die Behörden an, sondern machten Jagd auch auf die Festländer.

Viele Einheimische kamen bei der Unterdrückung des Aufstands um. Die Zahl der Opfer, über die es keine offiziellen Angaben gab, wurde auf Zigtausende geschätzt. Obendrein sitzen nicht wenige der damaligen aufständischen Führer jetzt noch im Gefängnis oder leben im Exil. Für einen großen Teil der Bevölkerung, Insulaner und Festländer, die sich an den Unruhen beteiligten oder sie miterlebten, ist das Datum des 28. Februar noch ein Trauma. Das alte Mißtrauen ist auch deswegen immer noch nicht ganz gewichen, weil die einheimische Bevölkerung in den wichtigsten Staatsorganen unterrepräsentiert ist.

Anlässlich des 40. Jahrestages der Tragödie vom 28. Februar hat die MJD, deren Mitglieder überwiegend Einheimische sind, zwischen dem 14. und 28. Februar in mehreren Städten eine Reihe von Gedenkversammlungen sowie Demonstrationen abgehalten, wobei die Regierung aufgefordert wurde, den Tatbestand der Affäre bekanntzugeben, eine Gedenktafel für die unschuldigen Opfer zu errichten und deren Hinterbliebenen Wiedergutmachung zu leisten. Die Bevölkerung wurde aber auch aufgerufen, den Haß zu vergessen und den 28. Februar zum "Tag des Friedens" zu erklären. Die Veranstaltungen verliefen auch durchweg friedlich.

Nicht nur die Oppositionellen, sondern auch zahlreiche der Regierungspartei nahestehende Zeitungs-

kommentatoren und Historiker befürworteten im Geist der Versöhnung eine wissenschaftliche Untersuchung des Vorgangs durch Hinzuziehung der bisher noch nicht zugänglichen Akten. (LHB, 28.2.87; Shibao Xinwen-zhoukan, Taipei, 3. bis 9.3.87)

Auf die Anfrage einer einheimischen jungen Abgeordneten, Wu Demei, antwortete Ministerpräsident Yu Guohua (Yu Kuo-hwa) am 10. März im Gesetzgebungsyuan, daß die Affäre vom 28. Februar eine unglückliche Wunde darstelle, die aber bereits längst verheilt sei. Die Regierung befürworte zwar nicht, alte Wunden durch Demonstrationen wieder aufzureißen, habe aber niemals jemanden daran gehindert, diese Frage zu diskutieren oder sie wissenschaftlich zu untersuchen. Wu, die der Regierungspartei angehört, fragte im Hinblick auf die Kluft zwischen den Insulanern und Festländern in der Regierungspersonalpolitik, warum die Einheimischen immer nur Posten als Innen-, Verkehrs- und Justizminister bekleideten, nicht aber Finanz-, Wirtschafts-, Verteidigungsminister oder Ministerpräsident werden könnten. (DGB, 13.3.87) -ni-

Hongkong und Macau

*(51)

Sino-portugiesische Vereinbarung über die Zukunft von Macau

Nach vier Verhandlungsrunden seit Juni des vorigen Jahres wurde eine gemeinsame Vereinbarung zwischen den Regierungen der VR China und Portugals am 26. März paraphiert. Danach soll Macau ab 20. Dezember 1999 eine Sonderverwaltungszone Chinas werden, und zwar mit der Aufrechterhaltung des gegenwärtig bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftssystems für 50 Jahre.

Die Sonderzone wird direkt der Zentralregierung in Beijing unterstehen und mit Ausnahme der außenpolitischen und Verteidigungsangelegenheiten hohe Autonomie genießen, die die Verwaltung, Gesetzgebung und unabhängige Justiz umfaßt. Die Regierung der Sonder-

zone wird ausschließlich durch Ortsansässige gebildet, und der Regierungschef wird nach örtlicher Wahl oder Konsultation von Beijing ernannt.

Die Sonderzone Macau soll weiterhin Freihafen und eine unabhängige Zollregion bleiben mit freiem Kapitalfluß und dem "Macau Pataca" als gesetzliche und konvertierbare Währung. Sie braucht keine Steuereinnahmen an die Zentralregierung abzuführen. Bürgerrechte wie persönliche, Meinungs-, Publikations-, Versammlungs-, Vereinigungs-, Religions-, Berufs- und Umzugsfreiheit, Streik, Eigentum usw. werden gesetzlich garantiert.

Grundsätzlich hat man in dem paraphierten Abkommen zur Lösung der Macau-Frage das Hongkong-Modell übernommen. So wird auch ein Grundgesetz für die Sonderzone Macau ausgearbeitet. Um eine reibungslose Übergabe Macaus gemäß der Vereinbarung zu gewährleisten, werden ebenfalls, wie im Falle Hongkongs, eine Liaisongruppe sowie eine Kommission zur Lösung der Bodenfragen zwischen Beijing und Lissabon für die Übergangsperiode gegründet.

Anders als im Fall von Hongkong hat die Nationalitätsfrage den chinesisch-portugiesischen Verhandlungen große Schwierigkeiten bereitet, weil unter den auf 450.000 geschätzten Einwohnern Macaus über 50.000 - meistens Macanesen, also chinesisch-portugiesische Mischlinge - einen portugiesischen Paß haben. In einem portugiesischen Memorandum wird erklärt: Einwohner Macaus, die am 19. Dezember 1999 gemäß portugiesischem Gesetz einen portugiesischen Paß besitzen, können ihn auch danach benutzen; ab 20. Dezember 1999 darf keiner mehr aufgrund seiner Verbindung zu Macau die portugiesische Staatsbürgerschaft erwerben.

Die chinesische Seite erklärte in ihrem Memorandum: Alle Einwohner Macaus, ob sie ein portugiesisches Reise- oder Ausweisdokument besitzen oder nicht, sind chinesische Staatsbürger, wenn sie den Bestimmungen des chinesischen Nationalitätsgesetzes entsprechen. Im Hinblick auf Macaus historischen Hintergrund und die tatsächliche Situation, so heißt es, erlauben die zuständigen Behörden der VR China, daß chinesische Bürger